

Saal-Beitung.

Anzeigen

werden die Spaltenzeitung oder deren Raum mit 20 Pfg., falls aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von einem Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. **Rechnen Sie Seite 75 Pfg.** **Ercheint wochentlich dreimal; Sonntags und Feiertags ausser, (sonst zweimal täglich.)** **(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)**

Bezugspreis
Die Halle wochentlich 2,50 M., bei postweiser Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgeld. **Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.** **Im amtlichen Zeitung-Verzeichniss unter Nr. 6378 eingetragen.**
Für die Redaction verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Gesetzlich von 10⁴, bis 12⁴ Uhr.
(Herausgeber: Redaction Nr. 2632. — Expedition Str. 176.)

Funfsunddreissigster Jahrgang.

Nr. 570.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 5. Dezember

1901.

Der Bundesrath und die Diäten.

Von parlamentarischer Seite wird uns gefordert: **Quinmal waren wir nahe daran, die Strafrecht um die Tagelöhner, die so alt ist wie der Reichstag, berichtigend gelöst zu sehen, zuerst unter dem Fürsten Hohenlohe und dann nach dem Beginn der Kaiserzeit des Grafen v. Helldorf.** Das erste mal warf sich nach dem eigenen Geständnis der „Reinigung“ die konservative Partei dagegen und verhinderte die entsprechende Verfassungsänderung. Das zweite mal (den die Angelegenheit so weit gediehen, daß hervorragende Centrumsführer mit voller Bestimmtheit auf die Einführung der Maßregel drückten, als sich in dieser Stunde gegenwärtige Einfüsse an höchsten Stelle geltend machten, Gegenwärtig ist die Angelegenheit von neuem in ein frisches Stadium getreten, nachdem der Reichstag dem konstitutionellen Vorschlag die Form eines fertigen Gesetzesentwurfes gegeben und dadurch den Bundesrath unmittelbar vor die Frage, ob ja oder nein, gestellt hat, eine Entscheidung, die gerade mit Rücksicht auf die Erhebung des Zolltarifs von besonderer hohem Interesse ist.

„**Der Bundesrath sind die süddeutschen Regierungen zumeist geneigt, dem Reichstagsbeschlusse, wenn auch nicht in seiner gegenwärtigen Fassung, so doch in seinen Grundgedanken zuzustimmen.** Ebenso erheben einige norddeutsche Regierungen keine grundsätzlichen Bedenken mehr. Sachsen verhält sich noch überlegend ablehnend. Das preussische Staatsministerium hat angesichts der noch nicht überwindlichen Ablehnung des Monarchen bis zur Stunde ein entbiliges Verlangen nicht geäußert. Herr von Miquel weiß, wie er wünschenswerth in den letzten Tagen seines Lebens gesprochen werden hat, zur Bewilligung bereit gewesen. Ob sein Nachfolger im Finanzministerium in diesen Punkte gleich angelegene Anschauungen hat, darüber liegen beglaubigte Mittheilungen einzuholen nicht vor. Ebenfalls würden die hiesigen preussischen Stimmen mehr als ausreichend sein, den vom Reichstag beschlossenen Gesetzentwurf zu Fall zu bringen; denn es handelt sich um die Abänderung eines Verfassungsgesetzes, die bereits durch vierzig Bundesratsstimmen verhindert werden kann.

Die Opposition gegen die Gewährung von Diäten wird gegenwärtig noch mehr als von den Konservativen von derjenigen Gruppe der Großindustriellen geführt, welche den „Berliner Reichens Nachrichten“ und der „Post“ nahe stehen. Der tiefste Grund der Gegenwärtigkeit besteht darin, daß diese Kreise fürchten, sich selbst den Zutritt zum Parlament zu erschweren, wenn die Ertragung eines Monats denjenigen erleichtert wird, die zwar nicht, aber unermesslich sind. Abgesehen davon, wie hienach das Verrecht des Reichstags. **Wenn dieser Antrag angenommen wird, dann ab, wenn mit der Gewährung von Tagelöhnen eine Abänderung des Wahlrechts oder gar, wie die „Berl. N. N.“ im Frühjahr d. J. anbennt, mehrgliedrige Wahlkreise eingeführt würden.** Ein verarbeiteter Standpunkt wird nicht nur von einem Theil der Freis- und Deutschkonservativen vertreten, während die übrigen Mitglieder der Rechten ihn nicht mehr auf die Dauer für haltbar erachten.

„**In der That sind die Voraussetzungen, welche bei dem Zustandekommen der Reichsversammlung vor den Fürsten v. Helldorf maßgebend waren, durch die Einführung dreier Jahrzehnte als irrthümlich eingesehen. Modulare und demagogische Elemente veranlaßte die Diätenlosigkeit nicht fernzubringen. Der Reichstag zählt fast täglich Sozialdemokraten, die es leicht haben, die Sitzungen zu besuchen, da sie von ihrer Partei unterstützt werden. Das ein Bruch von Parteimitgliedern ein ganz anderer Lebensstand ist, leuchtet ein, denn er bringt eine Abänderung des Wahlrechts mit sich und bildet eine gewisse Grundlage für den Fraktionswechsel, der sonst vielfach mit der Zeit aneinanderbleibt. Wer aber eine Unterstutzung nicht empfangen kann, wenn ihm das Schicksal nicht mit Glücksgütern begünstigt hat, den Sitzungen nicht regelmäßig beiwohnen; und so bietet das Plenum des Reichstages meistens nur das Bild einer erweiterten Kommission. Die Beschlußfähigkeit des Reichstages wird ein chronisches Uebel, dessen schlimmste Wirkung die Verlängerung der Verhandlungen ist. Das ergiebt, wie der Leser zu sich selbst verweisen möge, daß der Reichstag in seinem soeben erschienenen Werke über das parlamentarische Wahlrecht treffend bemerkt, den trostlosen Ausruf: **so lange die Sessionen nicht kürzer werden, ist keine feste Beschlußfähigkeit zu erwarten; und so lange der Reichstag nicht beschlußfähig ist, werden die Sessionen nicht kürzer werden.****

„**In allen Parlamenten der Welt bildet die Gewährung von Diäten die Regel, die Vergütung der leitenden Anwesenden. Es giebt keinen einzigen konstitutionell regierten deutschen Gesetzgeber, welcher das Entscheidungsgewicht nicht anerkannt hätte. Auch die Reichsversammlung vom 23. März 1849 hatte Reichstags-Mitgliedern einen Anspruch auf Tagelöhner und Entschädigung der Reisekosten eingeräumt. Der Grundzug wurde damals als ein so selbstverständlicher angesehen, daß er zu einer Debatte gar keine Veranlassung gab. Erst in einem späteren Stadium der Verhandlungen, nämlich bei Festlegung des Gesetzes, welches die Vergütung der Diäten regeln sollte, machte ein Abgeordneter den erheblichen Vorwand, hieselben anzuzweifeln. Wenn die Reichstagsversammlung, die über die jetzt geltende Verfassung zu beschließen hatte, den Antrag auf diese Diäten fallen ließ, so geschah dies lediglich deshalb, weil sie das Zustandekommen des Verfassungsgesetzes nicht an dieser Klippe scheitern lassen wollte.**

„**Erst nach der Reichstagssitzung vom 1. mal den Diätenbeschlusse gefaßt, und es wäre nun endlich an der Zeit, daß der Bundesrath den durch die Diätenlosigkeit herbeigeführten Zuständen Rechnung trage. Wird die Entscheidung verweigert, so ist die Wahl auf solche Persönlichkeiten beschränkt, welche hin-**

reichende Mittel besitzen, um die Kosten des Aufenhalts an Sitz des Parlaments zu bestreiten. Der Ausschluß der Entscheidung ist also eine Einschränkung der Wählbarkeit, und diese entbehrt jedes zureichenden Grundes.

„**Wenn die Mitglieder der Gruppe v. Helldorf den Bundesrath beschuldern, er möge nicht mit dem Hut in der Hand vor der Reichstagsversammlung stehen, so ist denselben zu erwidern, daß der Bundesrath noch weniger Anlaß hat, vor den Herren v. Helldorf und Krupp den Hut zu ziehen. Das gute Einverständnis mit der Reichstagsversammlung ist für ihn jedenfalls wichtiger als das Lob eines im deutschen Parlament nur durch wenige Abgeordnete vertretenen Interessenkreises. Der Hauptgrund aber, der im Augenblicke den Ausschluß geben sollte, ist die Unfähigkeit, den Reichstag zu unterstützen. Ohne diesen seine Beschlußfähigkeit. Der Bundesrath hat den Triumph in der Hand; spielt er ihn nicht aus, so wird die parlamentarische Erhebung des Zolltarifs auf das äußerste erschwert.**

Deutsches Reich.

Dei- und Verordnungsblätter.

„**Königin Wilhelmina von Holland trifft, dem „Königlichen Anzeiger“ zufolge, heute abend 7 Uhr mit Extrazug in Burgfleth ein, um den Fürsten v. Helldorf zu besuchen.**

Eine wichtige Aufgabe für die Statistik.

„**Auf keinem Gebiet des vortrefflichlichen Lebens empfindet man den Mangel einer der großen Geschäftszahlen angehörender Statistik so stark, wie auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Gewerbes. Das zeigt sich auch sehr wieder bei den statistischen Verhandlungen im Reichstage. Die geringe Heftigkeit der Landwirthschaft wird von den Berathenden eines schmerzlichen Eindruckes durch die statistische Darstellung, die eines näheren Verweiles nicht mehr bedarf. Der Statistiker des Reiches, Herr v. Helldorf, hat sich zwar vornehmlich mit ganz besonderer Aufmerksamkeit über das vorerwähnte statistische Material der im Reichstage des Jahres aufgestellten Produktionsstatistik ausgesprochen; er hat aber andererseits auch schon bei einer früheren Gelegenheit, als sich die Ergebnisse der Produktionsstatistik schon überlegen ließen, ebenfalls die Mängel unserer Reichsstatistik im allgemeinen offen anerkannt. Zu diesem durch die derzeitigen parlamentarischen Verhandlungen wieder neu anerkannten Thema werden in der „Berl. N. N.“ von einem Landwirth die folgende bemerkenswerthe Ausführungen gemacht:**

„**Wenn man von dem Uebergang eines Gewerbes spricht, so erwartet man doch, daß der Staat zu hören, daß die Zahl der dieses Gewerbe betreibenden Personen sich vermindert, daß die Betriebe eingestürzt werden, daß die Intensität des Betriebes eingeschränkt wird. Die Windmühlen-Industrie — um ein Beispiel anzuführen — bestand sich vor 60 bis 80 Jahren in Schiffe, zumal in der Nähe der polnischen Grenze, in welcher einhundert bis zweihundert bis zu weitem mit einem Kraus von nahezu 100 Windmühlen zusammen, die vollst. Aufwindmühle hatten. Diese Windmühlen sind allmählich verschwand und sind unvollständige Reste. Hier kann man mit Recht von einem Uebergang des Gewerbes reden. Wollte man für die Erhaltung der Zahl der Windmühlen, welche die Bevölkerung ernährten, noch angestrichen Anzeichen suchen, so würde diese Nachfrage ein negatives Ergebnis haben; denn zu keiner früheren Zeit hat die Landwirthschaft, äußerlich betrachtet, eine der gegenwärtigen überlegen Entwicklung und Bevölkerungsumfang bezeugt. Mergens hat man bisher Bemühungen hienach bearbeitet gewesener Reichsstatistik sehen können; diesem Uebergang werden monatelanger Bohrenten im großen erfolgt. Wenn man die Zahl der ungenutzten landwirthschaftlichen Heuballen mit diesen Zahlen vereinbart werden soll, so kann eine Erklärung dieses ansehnlichen Abwärtens nur darin gefunden werden, daß die Statistik der Heuballen, trotz der geringen Einnahmen ihre Wichtigkeit zur Höhe der Ausgaben vernachlässigt haben, indem sie nebenbei über die Mittel verfügen konnten, also auf die Menge aus der Landwirthschaft nicht anzufragen waren. Oder sie genutzten zu dem Erkenntnis, daß sich nur unter Steigerung der Reichsstatistik die Heuballen aus einer chronischen Höhe zu halten vermöchten. Ebenfalls über gelistet jene Widersprüche auch die Vermuthung, daß die Landwirthschaft zu einer Ueberfülltheit mit ihren Heuballen nicht in dem Umlange befreit sind, in dem sie dieselbe zu erkennen geben. Alles drängt hier zur Veranwortung der Frage: Welche Menge, welche Vergrößerung der Heuballen ist noch angestrichen Höhe aus dem Landwirthschaftsbetriebe, welche nicht? Und welche Größe Heuballen im Durchschnitt erzielt zu werden? Eine in diesem Sinne angelegte Untersuchung, die A. v. Helldorf, welches Vorkommen des Windmühlen-Interesses sich verdrängend, welches der Reichsstatistik als wichtigste Aufgabe erachtet, würde mit einem Schlags aus dem landlichen Gebiet ein sehr erhellendes Licht werfen. Anglich könnte sie aber auch den Umlauf zum Theil an die Statistiker, die bei ungenutzten Heuballen und da zu Grunde liegen, und diejenigen Bedingungen ermitteln und als Vorbilder hienach stellen, die eine Erhöhung der Reichsstatistik garantieren. Die Reichsstatistik der landlichen Güter würde dabei möglicherweise in einem veränderten Lichte erscheinen.**

„**Weiter zieht die Reclamation aus solchen Darlegungen, die ein Beweis dafür sind, daß unsere Statistik, so glücklich sie auch im allgemeinen zu Werke zu gehen pflegt, doch nicht immer den richtigen Standpunkt zu finden vermag, von dem aus eine völlig objektive und zureichende Erkennung der Thatlagen allein möglich ist, die Konsequenz und holt baldig nach, was annehmend verständig ist. Nicht unmöglich, daß dadurch der Widerspruch, mit dem viele Kreise der Bevölkerung von der Verdrängung der Landwirthschaft im allgemeinen gegenüber stehen, aufgehoben würde. Bemerkenswerth ist, daß der Reichsstatistik ein neuer Zutritt an die „Berl. N. N.“ vorliegt, Anspruch auf ernsthafte Beachtung.**

„**Ein bemerkenswerthes Zugeländnis**
hat, wie aus dem vor kurzem erschienenen stenographischen Bericht über die im Sommer d. J. in Frankfurt abgohaltene Versammlung des Verbandes deutscher Müller hervorgeht, auf dieser Versammlung der nationalliberale Abg. Professor Dr. Waacke gemacht, den sich die Großmüller vertheilten hatten, um durch seinen Vortrag die einer organischen Sozialpolitik noch abnehmend gegenüber lebenden mittleren und kleineren Müller für die neue Sozialpolitik zu gewinnen. Um ihnen die Angehörigkeit einer Erhöhung der Getreidepreise für ihr eigenes Gewerbe recht eindeutig darzutun, verließ sich der nationalliberale Agrarier zu folgender Anschauungsweise:

„**Es ist ein feststehendes Erfahrungssach, daß wenn sich höhere Zeiten kommen, dem Kinde nicht ein kleinerer Stütz Vortag geben wird, um zu haben, sondern daß weniger Arbeit, in weniger Zeit, zu machen, geübt wird; man spart auch insofern, als der Antrag, der in anderen Zeiten kleiner erneuert werden wäre, nun noch eine Zeit lang länger halten wird. Dann kann und wird gepart werden, und es läßt sich nicht denken, daß in solchen Zeiten eine solche Zahl der Arbeiter nicht zu werden werden; aber am Ende wird es nicht sein.**

„**Herr Waacke ist einer der anerkannten Vorkämpfer der „geringsten“ Agrarier, welche, der geteilt im Reichstage den erhöhten Getreidepreisen so kräftig das Wort redet und sich vor schmerzlicher Begeisterung kaum zu lassen vermag. Er sprach im vorliegenden Fall zu Wäldern und suchte sie für Getreide und Viehhaltungsbedingungen zu erwidern. Darum mußte er ihnen klar machen, daß höhere Getreide- und Viehhaltungs des Vortages konjunktur nicht einjunktur würden. Darum sollte er ausführlich auseinander, wie die Annahme dazwischen unbedeutend ist, daß „das deutsche Volk gerade am Vortage haben würde, wenn durch den neuen Zolltarif der Doppelcentner Getreide vierfacht um 2,50 M. weniger werden würde.“ Die Müller konnten der nicht sein. Aber was sagen die Agrarier zu der Aufwindmühle des organischen Herrn Waacke, das bei ihrerer Bestreben weniger Arbeit und weniger Heuballen konjunktur werden wird? Was die Scheidung dazu, daß dann weniger Änzige werden bedient werden? Was die übrigen Handwerkerbetriebe und die „geübten“ Industriellen dazu, daß sie dann allerdings „notleidend“ werden könnten? Schließlich dürfen, um ein Wort des Müllers zu Zitiern zu dürfen, die Getreideverwalter und Getreideverarbeitenden Elemente im deutschen Volk denn doch nicht glauben, daß sie allein da sind und sie mögen sich bei ihrem Freund Waacke bedanken, wenn endlich auch die bisher noch lausigstehenden Handwerker einzeln begannen, daß gerade sie es sein werden, die unter dem neuen Zolltarif, falls er Geleg wird, bluten müssen.**

Rüche und Schmelz.

„**Die Aufnahme und die Eid des Reichsobersten Born u. Aulach an den Kaiser lauteten nach Meldung eines Berliner Blattes im wesentlichen wie folgt:**

„**Ich übernehme die Schwereitigkeiten nicht, die mich in meinem neuen Amte erwarten; da ich aber in dem Einzelneitsmäßig zwischen den zwei höchsten Gewalten, betreffend meine Verwendung zum Reichsobersten von Strohburg, die Grundzüge des öffentlichen Willens erkennen, so wage ich es, an demselben hienach zu bleiben, in welchem vor allem verstanden, meine schwere Arbeit anzuerkennen. Es ist zugleich eine schwere, erhabene Aufgabe. Ich bin doch auch dazu berufen, in der Demuth für das Best der Seelen zu wirken. Ich habe die Aufmerksamkeit im Anlande haben meine Verbe zum Vaterlande nun vermehrt. Unter Verlegung des von mir hochverehrten Herrn Reichsobersten von Strohburg werde ich mich der Ehre des Herrn Aulach annehmen, damit dem Volke das unschätzbare Gut des Glaubens erhalten bleibe. Hierbei bin ich mir auch bewußt, daß ich dem Staate gegenüber meine Pflicht nicht erfüllen werde, denn gewissenhafte, gottesfürchtige Rathgeber werden zu gleicher Zeit treu und pflichtbewusste Unterthanen eines Reichsobersten sein. Der Reichsoberste mag, für Könige und Fürsten zu beten, damit den Gläubigen das Gut des Friedens bewahrt bleibe. Wie an dem Tage, an dem ich in der alterwürdigen Basilika des Laterans die Konsekration als Bischof erhalte, steigt heute mein Gebet für den Kaiser, die Kaiserin, die Königin und das ganze katholische Haus der Könige; und ich werde auch, wie immer, die Ehre des Reichsobersten, seine schätzbare Hand annehmen.“**

„**Am Ende der Rede schloß sich die Leistung des Eides, wobei Geheimrath Dr. Steinmann das Missale hielt, auf welches der Bischof die Hand legend gebohr: „Ich schwöre und verspreche zu Gott auf die hl. Evangelien, Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser Treue und Gehorsam zu wahren. Zu verprechen auch, weder im Inlande noch im Auslande ein Einverständnis zu pflegen, einer Verletzung beizuwohnen oder eine Verbindung zu unterstützen, welche der öffentlichen Sicherheit gefährlich sein könnten; und sollte ich innerhalb der Diözese Strohburg oder anderswo etwas von einem Einverständnis zum Nachtheil des Staates erfahren, so werde ich es zur Kenntniss der Regierung bringen.“**

„**Bei Beginn der Erklärung des Prof. Dr. Spahn in Strohburg verband sich der Rektor der dortigen Universität, Prof. Spitta, im Einzelneitsmäßig mit seinen Kollegen gegen die willkürliche Deutung, die Prof. Spahn den Worten der Verfassungskonvention ankommen geordnet habe, und gegen Spahn's daran gefühlte Schlußfolgerungen. Ledocher Universitäten antwortete auf die Strohburger Rede, diese Universitäten habe schwereere Aufgaben, als die andere, man müsse ihr daher auch ein besonders günstiges Gehalt wünschen. Es gehe nicht immer alles, was man wolle, so möge die Strohburg damit thäten, daß es allgemeiner Heilworte über sie. Aus diese, die nicht reden, dachten so. — Auch eine Zustimmungsdokumente vor ordentlichen Professoren der Universität Jena ankommen, die zehnjährige Unterweisung trägt, ist einer uns angehenden Meldung zufolge allem zur Anwendung nach Berlin gelangt. — In diesem Zusammenhang**

